



Streit am Euro-Airport

Der Rechtsstreit am Flughafen dauert weiter an – eine Lösung steht aus

VON ISO AMBÜHL

Im Rechtsstreit am Euro-Airport herrscht zwar emsiges Treiben. Formelle Gespräche für eine Einigung zwischen der Schweiz und Frankreich gibt es nicht.

Heinz Köhli ist Mitinhaber der Firma Amac Aerospace am Euro-Airport Basel-Mulhouse-Freiburg (EAP). Die Amac Aerospace ist ein Unternehmen, das wie die benachbarte Jet Aviation so genannte Completions ausführt. Dies sind luxuriöse Innenausstattungen von Flugzeugen. Vom goldenen Bad über elegante Schlafräume bis zur trendigen Bar.

Das 2007 gegründete Unternehmen baut derzeit für 26 Millionen Franken bereits seinen dritten Hangar am Euro-Airport. Nächstes Jahr soll er bezugsbereit sein – und damit die Zahl der Mitarbeiter um 110 und 500 Personen steigern. Das Projekt zeigt: Köhli und die Amac sind total zuversichtlich für die Zukunft des Flughafens im Dreiländereck: «Ich bin optimistisch».

DIESE ZUVERSICHT teilen andere Schweizer Unternehmer am Euro-Airport nicht. Sie halten sich mit Investitionen zurück und blicken düster in die Zukunft. Grund ist ein seit Monaten dauernder Streit über die rechtlichen Rahmenbedingungen am binationalen Flughafen. Auslöser ist ein Urteil eines Gerichts in Frankreich, das französische Arbeitnehmer schützte. Sie hatten sich im Prozess gegen eine Schweizer Firma auf den viel stärker ausgebauten Kündigungsschutz nach französischem Recht berufen – und recht bekommen.

Seither herrscht im Schweizer Sektor, wo seit dem Staatsvertrag von 1949 Schweizer Recht angewandt wurde, helle Aufregung. Immerhin sind dort

74 Unternehmen mit über 5200 Beschäftigten (zwei Drittel stammen aus Frankreich) domiziliert. Drohungen machen die Runde: Wenn sich französisches Recht durchsetze, so argumentiert die Koordinationsplattform Secteur Suisse in einer Broschüre, seien Investitionen von 500 Millionen Franken und die Schaffung von gegen 600 Arbeitsplätzen in Gefahr. Die Airline Easyjet droht, wegzuziehen, wenn keine Lösung gefunden werde. Auch eine neue Frachtinfrastruktur ist wegen der unsicheren Rechtslage gefährdet. Die öffentlichen Ausschreibungen sind dennoch bereits angelaufen, bestätigt eine EAP-Sprecherin.

IM MAI überreichten Vertreter der Plattform Bundesrat Johann Schneider-Ammann ihre Forderungen. Sie verlangen eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und Frankreich, die das Schweizer Recht in ihrem Sektor bestätigt.

In einer Interpellation doppelte die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker im Juni nach. Sie wies auf die Unsicherheit für Firmen und Angestellte am EAP hin. In der Antwort des Bundesrates, die jetzt vorliegt, heisst es, dass der Bund für

schaffen werden muss, damit die Aktivitäten fortgesetzt sowie die Arbeitsplätze und die Weiterentwicklung des Flughafens sichergestellt werden könne.» Nationalrätin Schenker zeigt sich mit der Antwort des Bundesrates nur «teilweise

befriedigt»: «Eine konkrete Lösung ist nötig, die die Situation nachhaltig klärt.»

Wegen der Situation am Flughafen herrscht emsiges Treiben der Aussenministerien Frankreichs und der Schweiz. Die Regierung in Paris, die sich sonst mit Problemen ausserhalb der Hauptstadt gerne Zeit nimmt, scheint den Ernst der Lage erkannt zu haben. Sie hat den bekannten Pariser Anwalt und Arbeitsrechtspezialisten Gilles Bélier als Berater und Unterhändler zugezogen.

Frankreich drückt zwar aufs Tempo und will eine Lösung bis Ende Jahr. Das Vorgehen scheint jedoch konzeptlos. So hat Philippe Richert, der Minister Frankreichs für Gebietskörperschaften, eine Lösung skizziert: Danach soll im Schweizer Sektor punkto Arbeitsrecht «eine Vereinbarung vor Ort» nach dem Beispiel der Gesamtarbeitsverträge (GAV) gelten.

In der Antwort zur Interpellation Schenker schreibt der Bundesrat, dass die zuständige Beratungsgruppe den Vorschlag von Richert begutachtet und gegenüber Frankreich Stellung beziehen wird. Gegenüber dem «Sonntag» betont aber EDA-Sprecher Adrian Sollberger, dass die Schweiz bis heute von französischer Seite «keinen konkreten Lösungsvorschlag» erhalten habe: «Wir erwarten einen entsprechenden Vorschlag Frankreichs, damit eine Regelung gefunden werden kann, die dem binationalen Charakter des Flughafens Rechnung trägt.» Man prüfe weitere Lösungen auf der Basis des bestehenden Staatsvertrags. Die Schweiz stehe in engem Kontakt mit Frankreich, sagt Sollberger: «Wir sind

«Eine konkrete Lösung ist notwendig, welche die Situation nachhaltig klärt.»

SILVIA SCHENKER, SP-NATIONALRÄTIN

die Behandlung des Problems eine Beratungsgruppe mit den zuständigen Stellen des Bundes, der Kantone BS und BL, der Direktion des EAP sowie Vertretern des Secteur Suisse formiert habe. «Der Bundesrat ist der Ansicht, dass wegen der rechtlichen Situation Klarheit ge-



bereit, formelle Gespräche für eine Einigung aufzunehmen».

EINE LÖSUNG für die Problematik scheint somit nicht in Sichtweite. Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse, dem Dachverband der schweizerischen zivilen Luftfahrt, bleibt dennoch «vorsichtig optimistisch». Kurrus setzt Hoffnungen auf Chef-Unterhändler Bélier und auf Minister Richert, der im Elsass wohnt: «Sie haben das Problem erkannt.»



Amac lässt am Euro-Airport bereits den dritten Hangar bauen. KENNETH NARS